

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringergeld 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.00 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vor der Verständigung in Spa?

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unsere gestrige Vermutung, daß es in Spa entgegen allen Meldungen der bürgerlichen Korrespondenz doch zu einer Verständigung in der Kohlenfrage kommen wird, hat sich vollaus bestätigt. Die Verhandlungsmethode der bürgerlichen Berichterstattung muß als geradezu frevelhaft bezeichnet werden. Mit Ausnahme der Vossischen Zeitung sprachen noch gestern Abend alle Berliner Blätter von einem unannehmbaren Entente-Ultimatum. Heute morgen müssen alle Korrespondenten die Annahme neuer deutscher Vorschläge feststellen. Die bürgerliche Berichterstattung war so verlogen, daß selbst ernsthafte und kritische Politiker nicht mehr auf ein weiteres Entgegenkommen der deutschen Delegation gehofft haben. Die neuen deutschen Vorschläge zeigen, daß die deutsche Verantwortlichkeit in der unerhörtesten Weise sowohl durch die amtliche Berichterstattung als durch die der bürgerlichen Blätter über den Verlauf der Verhandlungen in Spa irreführend worden ist. Selbst amtliche Berliner Kreise sind von der plötzlichen neuen Wendung überrascht. Die Alliierten-Antwort bedeutet im wesentlichen die Annahme des neuen deutschen Vorschlags. Nur die oberösterreichische Frage und die Lebensmittelversorgung ist noch nicht völlig so zugelegt, wie das deutsche Angebot es forderte. Dies und die Berechnungsmethode ist offenbar, wie jetzt auch der gegen Frankreich gehende Korrespondent des Berliner Tageblattes zugibt, auf englischen Einfluß zurückzuführen. England hat sich besonders in der Frage der Berechnung der Kosten eine äußerst glänzende, komplizierte Regelung gesichert. Die drohende Schlußklausel hat die Entente sich natürlich auch in der neuen Antwort nicht verkneifen können. Als die Seele der verkehrenden Opposition, die versucht hat, eine Verständigung zu hintertreiben, muß Herr Stinnes gelten. Zwischen ihm und Hué haben offenbar wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestanden und die deutsche Delegation hat sich schließlich dem Standpunkt Hués angeschlossen.

In einem großen Teil unserer gestrigen Aussage konnten wir noch die am Nachmittag eintreffende telegraphische Meldung mitteilen, daß die deutsche Delegation in Spa die Bedingungen der Entente in der Kohlenfrage unter gewissen Voraussetzungen angenommen hätte. Es war indessen keine offizielle Nachricht, sondern nur eine Mitteilung der Havas-Agenatur, der die deutsche Bestätigung noch fehlte. Die heutigen deutschen Meldungen zeigen, daß die Mitteilung des französischen Depesch-Bureaus im wesentlichen zutrifft. Von einem glatten Abschluß der Affäre kann natürlich noch nicht gesprochen werden. Die Entente will die neuen deutschen Vorschläge nicht en bloc annehmen, sondern fordert Änderungen, die neuer Prüfung bedürfen und über die erst heute die Entscheidung fallen wird. Die Diffizilien haben die starken Bedenken hervor, die die Einmarsch-Klausel in dem neuen Vorschlag der Entente erregen muß. Nachdem man aber schon in den Abmachungen über die Entwaffnung diese Klausel unter Verwahrung hingenommen hat, wird man daran unseres Erachtens die Regelung der Kohlenfrage nicht scheitern lassen können. Um so mehr, als die ungeheure Bedeutung, die eine Befreiung des Ruhrgebiets für die deutsche Wirtschaft und Politik haben würde, jetzt selbst von bürgerlicher Seite, so in den Meldungen der Telegraphen-Union, hervorgehoben werden. Wahrscheinlich würde die Verteilung der Kohlen für Deutschland noch schlechter werden, als sie es nach dem Abkommen in Spa werden kann, wenn die Gruben direkt in die Hand der Entente gelangten. Der französische Imperialismus hätte es dann in der Hand, durch eine Verteilung der Kohlen, die den Norden und Osten Deutschlands boykottierte, den Westen und Süden begünstigte, seine Pläne auf wirtschaftliche und politische Zerstückelung Deutschlands weiter zu fördern. Im Norden und Osten würde die Industrie zugrunde gehen und fürchtbares Elend über die Arbeiterschaft verhängt werden. Die Vorkriegsplanung der Dörten, Karkert und Heim würden wesentliche Störungen erfahren. Wenn also, wie man aus den jetzt vorliegenden Nachrichten schließen darf, die Vertreter der Bergarbeiter — Herr Hué ist wieder in Spa eingetroffen — gegen den Unternehmernvertreter und Scharfmacher Stinnes die Annahme der geänderten Ententebedingungen für möglich halten, so muß auf das entschiedenste gefordert werden, daß die deutsche Delegation die Abmachungen entgeht.

Wahrscheinlich wird die Konferenz nach dem Abschluß dieser Verhandlungen über die Kohlenfrage geschlossen werden. Wenigstens versichert der Spa-Korrespondent des Pariser Matin, was die Wiedergutmachung anlangt, so dürfe man von der Spaer Konferenz nicht die Festsetzung einer bestimmten Summe erwarten. Millerand werde keinesfalls sprechen, bevor sich die Sach-

verständigen über die Grundfragen, wie die Jahreszahlungen, die Leistungen in natürlichem und wirtschaftlichem Material für den Wiederaufbau, geäußert haben. Wenn die Delegation Freitag oder Sonnabend Spa verläßt, dürfte vielleicht nur die anzuwendende Methode festgelegt sein.

Danach dürfte also mit einer Vertagung der Verhandlungen über die Wiedergutmachung zu rechnen sein. Vielleicht wird eine spätere Konferenz über dieses schwierige Problem zu befinden haben.

Während die Presse der Koalitionsparteien sich mit der Annahme der Entente-Bedingungen mehr und mehr abzufinden bereit zeigt, wütet die deutschnationale im alten Stille weiter. Die Kreuzzeitung führt Donnerstagabend in ihrem Leitartikel aus, man dürfe nicht unterschreiben, denn die Befreiung des Ruhrgebiets werde dadurch doch nicht vermieden werden, da die Entente-Forderungen nach der Entwaffnung Deutschlands praktisch undurchführbar seien. Ihre Unausführbarkeit aber ziehe mit unerbittlicher Logik die Wegnahme des Ruhrgebiets nach sich. Das deutschnationale Blatt beharrt also weiter in dem verbrecherischen Widerstande gegen die Entwaffnung und will um des Militarismus willen das deutsche Volk in den tiefsten Abgrund der Not gestürzt wissen.

Heute Entscheidung.

Spa, 16. Juli. (L.V.) Die gestern von Havas verbreitete Meldung, die Deutschen hätten die Vorschläge der Alliierten in Kohlenfrage angenommen, ist nicht zutreffend. Es wurde lediglich von deutscher Seite ein neuer Gegenvorschlag an den Alliierten unterbreitet, worauf letztere wieder ihre Vorschläge machten, über deren Annahme oder Ablehnung die Entscheidung erst heute fallen wird. In deutschen Kreisen wird erklärt, es konnten nur die großen Gesichtspunkte für die Frage, ob Abbruch oder Weiterverhandeln, den Ausschlag geben. Die Befreiung des Ruhrgebiets würde ohne jede Verbindung geschehen, also Deutschland in eine noch schlechtere Lage bringen als die Befreiung des linken Rheinufers, und die Franzosen würden versuchen, viel mehr herauszuwickeln als die zwei Millionen Tonnen, die sie jetzt verlangen. Das Ruhrgebiet würde vom Reiche abgeschnitten. Es ist möglich, daß die entlasteten Bergarbeiter die Gruben verließen. Was wird dann aus der deutschen Industrie? Der letzte Rest nicht nur unerer Selbstverfügung, sondern auch das Wirtschaftstreiben wäre in Gefahr.

Die deutschen Vorschläge.

1. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf vorläufig 6 Monate den alliierten Regierungen monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung zu stellen.
2. Die alliierten Regierungen leisten den Gegenwert der Kohle bis zur Höhe des deutschen Verkaufspreises durch Anrechnung auf das Reparationskonto; mit der Differenz zum Weltmarktpreis in bar, soweit nicht die Art der Zahlung durch das allgemeine Abkommen über die Finanzfrage anders bestimmt wird.
3. Während der Dauer der vorbezeichneten Kohlenlieferung bleiben die Bestimmungen der Entscheidung in der Kohlenfrage, die der deutschen Delegation am 3. Juli mitgeteilt und am 11. Juli abgeändert worden sind, außer Anwendung. Eine Erhöhung der monatlich abzuliefernden Tonnage durch den Wiedergutmachungsausfluß findet solange nicht statt.
4. Es wird alsbald ein Abkommen über die Lage in Oberösterreich getroffen, durch das entweder die deutsche Regierung die Verteilung der oberösterreichischen Kohle zurückhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1,5 Millionen Tonnen gewährleistet wird.
5. Es wird alsbald eine gemischte Kommission in Essen eingerichtet, deren Zweck es ist, die Mittel zu untersuchen, mit denen man die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Nahrung, Kleidung und Wohnung und damit die Erzeugung der Kohlenminen des Ruhrgebiets verbessern kann.
6. Die Alliierten erklären sich bereit, Deutschland zur Einführung von ausländischen Lebensmitteln für seine Bevölkerung sowie von Rohstoffen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft einen angemessenen Vorkauf zu gewähren. Die Beratungen über den Vorkauf werden im Zusammenhang mit den allgemeinen Beratungen über die Finanzfrage alsbald unter Zuziehung der beiderseitigen Sachverständigen ausgenommen.

Die Antwort der Entente.

Spa, 15. Juli. In der Antwort der Entente heißt es: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vom 1. August 1920 an auf sechs Monate den Alliierten monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle, eine Menge, die von der Wiedergutmachungskommission genehmigt worden ist, zur Verfügung zu stellen. Der Gegenwert dieser auf dem Schienen- oder Wasserwege geförderten Kohle wird von den Alliierten Regierungen auf das Reparationskonto angerechnet, und zwar zum deutschen Verkaufs-

preise. Außerdem wird als Gegenleistung für die den Alliierten zueckannte Befugnis, sich nach Klassen und Qualitäten eingeteilte Kohlen liefern zu lassen, eine Prämie von 5 Goldmark, die vom Empfänger bar zu zahlen ist, zum Erwerb von Lebensmitteln für die deutschen Bergarbeiter verwendet.

Während der Dauer der obigen Kohlenlieferungen werden bis in den §§ 2, 3 und 4 des Protokolls vom 11. Juli vorgesehene Kontrollmaßnahmen in der gemäß dem Wortlaut der beiliegenden Anlage abgeänderten Form sofort in Kraft gesetzt.

Es wird alsbald zwischen den Alliierten ein Abkommen über die Verteilung der oberösterreichischen Kohle durch eine Kommission getroffen, in der Deutschland vertreten sein wird. Das Abkommen unterliegt der Genehmigung der Reparationskommission.

Es tritt alsbald in Essen eine Kommission zusammen, in der die Deutschen vertreten sein werden. Aufgabe dieser Kommission wird es sein, Mittel und Wege zu finden, um die Lebensbedingungen der Bergarbeiter bezüglich der Ernährung und der Kleidung und im Hinblick auf eine bessere Ausbeutung der Bergwerke zu heben.

Die alliierten Regierungen erklären sich bereit, Deutschland während des oben erwähnten sechsmonatigen Zeitraums einen Vorkauf zu gewähren in Höhe des Unterschiedes zwischen dem gemäß § 2 gezahlten Preise und dem Ausverkaufspreis der deutschen Kohlen. Die Vorkäufe erhalten den unbedingtsten Vorrang vor allen andern Forderungen der Alliierten gegen Deutschland.

Gras am 15. November 1920 festgesetzt werden sollte, daß die Gesamtlieferung für August, September und Oktober 1920 die 8 Millionen Tonnen nicht erreicht hat, würden die Alliierten zur Befreiung eines neuen Teils des deutschen Gebiets des Ruhrgebiets oder irgendeines andern, schreiten.

Es wird in Berlin eine ständige Delegation der Wiedergutmachungskommission eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, sich zu vergewissern, daß die in dem Abkommen vom 10. Juli 1920 vorgesehene Kohlenlieferung ausgeführt werden.

Neue Bedenken.

Berlin, 16. Juli. Die Antwortnote der Alliierten hat bei der deutschen Delegation, wie aus Spa gemeldet wird, eine ernste Ueberraschung verursacht. Die Einmarschklausel, die oberösterreichische Regelung, die komplizierte, falleneiche Berechnung bedürfen einer genauen Prüfung. Zu diesem Zweck wird eine Finanzkommission und eine Kohlenkommission die entscheidende Antwort der Deutschen vorbereiten, die dann im Laufe des Vormittags überreicht werden soll.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der in der Antwort der Entente angebotene Einmarsch in Deutschland hat in den deutschen Kreisen in Spa starke Bedenken erregt, da er über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgeht. Es werden neue Verhandlungen darüber notwendig sein.

Berlin, 16. Juli. Einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge wird die in der Antwort der Alliierten gewährte Anleihe für Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen von England mit 22 Prozent übernommen werden; die übrigen alliierten Staaten übernehmen die restlichen 78 Prozent und verteilen sie unter sich im Verhältnis der von Deutschland erhaltenen Kohlenlieferungen.

Die Aufnahme in deutschen parlamentarischen Kreisen.

Berlin, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen. Bei Verhandlung dieser Sitzung erhielt der Ausschuß die Mitteilung, daß Simons in Spa mit Lloyd George und Millerand verhandelt. Die Stimmung im Ausschuß war nach Mitteilung des Berliner Lokalanzeigers dahin zu präzisieren: Wenn es zutrifft, daß Stinnes und Hué die neuen Bedingungen, wie sie durch unsern Gegenvorschlag formuliert sind, für ausführbar halten, dann wird sich eine Basis finden, um die Zustimmung der regierungsbildenden Parteien zu erhalten. Es ist anzunehmen, daß beide Herren vor Unterbreitung unserer Gegenvorschläge gehört worden sind. Der auswärtige Ausschuß hat die Reichsregierung unverzüglich um einzelne Angaben über die deutschen Vorschläge gebeten und wird heute Abend zu einer neuen Sitzung zusammentreten, an der auch die Mitglieder des Reichsrates teilnehmen werden.

Abbau der deutschen Luftschiffhallen.

Cuxhaven, 16. Juli. (L.V.) Die Alliierten bestimmten, daß auf dem Luftschiffplatz Nordholz zunächst die fünf festen Hallen abgebaut werden.